

Wahlfrust alarmierend

Die Wahlbeteiligungen, die in der Bundesrepublik erreicht werden, sind ein Armutszeugnis für alle Regierungen. Eigentlich müssten längst bei den Politikern die Alarmglocken läuten, denn die sinkende Wahlbeteiligung hat weniger mit mangelnder Mobilisierung zu tun.

Vielmehr sind immer mehr Bürger von der Politik enttäuscht und fühlen sich alleingelassen. Bei der Bundestagswahl 2009 haben beispielsweise 29,2 Prozent die Wahl verweigert.

Damit lag die „Partei der Nichtwähler“ zwar hinter der CDU, jedoch noch vor der SPD. Noch schlimmer ist das Bild bei Landtagswahlen. In Thüringen lag die „Partei der Nichtwähler“ 2009 mit 43,8 Prozent weit vor allen Parteien. Aber um etwas an der Politik zu verändern, muss man wählen gehen.

Andreas Koch, Gotha

Thüringer Allgemeine, 19.06.2010

vollständiger Text siehe nächste Seite

Wahlbeteiligungen sind Armutszeugnis

Auch ich finde, dass das Mindeste, was Bürgerinnen und Bürger tun können, die Beteiligung an freien und demokratischen Wahlen ist.

Die Wahlbeteiligungen, die in unserer Bundesrepublik erreicht werden, sind jedoch ein Armutszeugnis für alle Regierungen. Eigentlich müssten längst bei unseren Politikern die Alarmglocken läuten, denn die sinkende Wahlbeteiligung hat weniger mit mangelnder Mobilisierung zu tun. Vielmehr sind immer mehr Bürgerinnen und Bürger von der Politik enttäuscht und fühlen sich allein gelassen.

Bei der letzten Bundestagswahl 2009 haben beispielsweise 29,2 Prozent die Wahl verweigert. Damit lag die „Partei der Nichtwähler“ zwar hinter der CDU, jedoch noch vor der SPD.

Noch schlimmer ist das Bild bei Landtagswahlen. In Thüringen lag die „Partei der Nichtwähler“ 2009 mit 43,8 Prozent weit vor allen Parteien. Aber um etwas an der Politik zu verändern, muss man wählen gehen.

Gerade diejenigen, die sonntags nicht zur Wahl gehen, verlangen montags dann immer von den Gewerkschaften, dass sie die Folgen des Wahlergebnisses gerade biegen. Durch Kundgebungen und Stellungnahmen in Gesetzgebungsverfahren sollen sie dann eine weitere Verteilung von unten nach oben verhindern. Aber so funktioniert es nicht. Die Richtung der Politik wird in erster Linie durch die Regierenden bestimmt, die gewählt wurden. Und um von den Gewerkschaften etwas zu fordern, sollte man selbst Mitglied sein. Auch da sehe ich Nachholbedarf. Entweder gehört man zu Solidargemeinschaft, von der man profitiert, oder nicht.

Andreas Koch
Gotha